

**PAULUS
AKADEMIE
STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT**


EuropaInstitut
AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

LADANYI 
瑞士勞達一協會 ETHICS IN ACTION



Bild: iStock

Vortrag und Diskussion

CHINA UND DER WESTEN VERSTÄNDIGUNG UND DIFFERENZEN – EINE POLITISCHE PERSPEKTIVE

Donnerstag, 29. August 2024, 19.00 bis 20.30 Uhr
Universität Zürich, Rämistrasse 71, 8006 Zürich
Raum KOL-F-118

CHINA UND DER WESTEN

VERSTÄNDIGUNG UND DIFFERENZEN – EINE POLITISCHE PERSPEKTIVE

Donnerstag, 29. August 2024, 19.00 bis 20.30 Uhr

Universität Zürich, Rämistrasse 71, 8006 Zürich

Raum KOL-F-118

Das Freihandelsabkommen zwischen China und der Schweiz wird dieses Jahr zehn Jahre alt. Grund zum Feiern? Einerseits floriert der Handel und das geistige Eigentum ist besser geschützt als bisher. Andererseits sorgen sich westliche Länder um die Wahrung der Menschenrechte, auch Chinas Verhalten gegenüber Taiwan und im Ukraine-Konflikt sind in Europa und den USA umstritten.

Was sind die Vor- und Nachteile des Freihandelsabkommens? Wie kann eine Eskalation der Konflikte auf globaler Ebene vermieden werden? Können kommerzielle Interessen eine weitere Polarisierung verhindern? Oder weist der Trend des «De-Risking», also das Bestreben, sich aus der Abhängigkeit von China zu lösen, in die richtige Richtung?

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Ladanyi-Verein und dem Europa Institut der Universität Zürich

Gast

Bernardino Regazzoni, Diplomat, promovierter Philosoph und Schweizer Botschafter in China von 2019–2022

Moderation

Stephan Rothlin, Paul Widmer und Peter Camenzind,
Ladanyi-Verein

Eintritt frei, Kollekte (Empfehlung CHF 20)

Im Anschluss an die Veranstaltung findet ein Apéro Riche statt.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um **Anmeldung** bis **26.08.2024**.

Alle Veranstaltungen auf paulusakademie.ch

China und der Westen: Verständigung und Differenzen. Eine politische Perspektive

9. Ladanyi-Vorlesung
Universität Zürich
29. August 2024

Bernardino Regazzoni, Botschafter a. D.

Sehr geehrter Pater Rothlin, Lieber Stephan,
Sehr geehrter Pater Peter Camenzind und
Sehr geehrter Herr Doktor Widmer, Co-Vorsitzende der Ladanyi-Verein,
Sehr geehrter Herr Professor Dr. Andreas Kellerhals, Direktor vom Europa-Institut
der Universität Zürich,
Meine Damen und Herren

es ist mir eine grosse Ehre, heute die "Ladanyi-Vorlesung" vor Ihnen halten zu dürfen.

Die von Pater Laszlo Ladanyi in Hongkong herausgegebene "China News Analysis" war über drei Jahrzehnte hinweg die einzige englischsprachige, auf chinesischen Quellen basierende, öffentlich zugängliche Informationsquelle über das kommunistische China.

In einem der besten Bücher ehemaliger Schweizer Botschafter, erinnert mein Vorgänger Dominique Dreyer an die "China News Analysis" als eine seiner wichtigsten Quellen in den 70er Jahren. Als Stephan Rothlin mich daher einlud, heute Ihr Redner zu sein, fühlte ich mich zutiefst geehrt. In die Reihe nach dem berühmten Sinologen Harro von Senger (7. Ladanyi-Vorlesung) treten zu dürfen, setzt die Messlatte hoch.

Diese Rede auf Deutsch zu halten, ist für mich wie das Besteigen eines Berges. Ich verspreche jedoch, Sie das nicht spüren zu lassen und werde das vertraute Sicherheitsnetz der italienischen oder englischen Sprache beiseitelassen. Nur mein italienischer Akzent wird bleiben.

Methodologische Bemerkung

Im Umgang mit grossen Ländern oder Zivilisationen ist es meiner Erfahrung nach eine Illusion, sich direkt auf sie beziehen zu können.

Pater Ladanyi hat die "Zehn Gebote der China-Beobachter" erarbeitet, von denen die meisten auch heute noch bemerkenswert aktuell sind. Fünf davon beziehen sich auf China als marxistisch-autoritäres System.

Es wäre illusorisch, in Anlehnung an den Historismus eines Leopold von Ranke, China "wie es eigentlich ist" beschreiben zu wollen.

Methodologisch ist auch Max Weber nicht hilfreich. Ein wertfreier Ansatz zu China ist ebenso illusorisch wie gegenüber jedem anderen Land. (Ich betone: methodologisch. Max Weber hat zwar über China geschrieben, insbesondere über die Unvereinbarkeit des Konfuzianismus mit der Entwicklung des Kapitalismus. Ein interessantes Thema, aber nicht Gegenstand meiner Argumentation.)

Im Umgang mit China habe ich eine politische Perspektive gewählt, da sie die einzige ist, die ich kenne. Als Staatsdiener war über 35 Jahre das Interesse meines Landes – eine politische Kategorie – der Hauptbeweggrund meiner Tätigkeit. Diese Perspektive ist keineswegs relativistisch ("so viele Perspektiven wie Staaten"). Es ist die Perspektive einer liberalen Demokratie, was die Schweiz seit 1848 ist. Dazu gehören nicht nur Interessen, sondern gleichwertig auch Werte, wie der Bundesrat in seiner China-Strategie von 2021 festgehalten hat. Darauf werde ich zurückkommen.

China lesen

Man kann China nicht einfach nur anschauen; man muss es "lesen". Der erste Schritt wäre natürlich die Sprache, die ich jedoch nicht beherrsche, was mich zu einem weniger glaubwürdigen Zeugen macht.

Betrachtet man China oberflächlich, sieht man die rasante Entwicklung der Städte in den letzten zwei Jahrzehnten, symbolisiert durch die Skyline von Pudong. Noch eindrucksvoller ist der Erfolg im Kampf gegen Armut für 800 Millionen Chinesen in den letzten vier Jahrzehnten (als ich die Gelegenheit hatte, zum Anlass der 70 Jahre der VRC den damaligen Premier Li Keqiang zu treffen, habe ich mich veranlasst gefühlt, ihm dazu zu gratulieren). In der Aussenwirtschaft ist China heute der wichtigste Handelspartner für mehr als 110 Länder weltweit.

Entfernung, Sprache und Geschlossenheit machen den Umgang mit China schwierig. Bereits der Name des Landes (Zhōngguó, Reich der Mitte) weist direkt auf die Mitte der Welt hin. China versteht sich seit Jahrtausenden als Zentrum, das wenig Interesse am Rest der Welt hat.

Berühmt ist die Antwort von Kaiser Qianlong an den britischen König Georg III. im Jahr 1793, als dieser Handelsbeziehungen aufnehmen wollte: "I have no use for your country's manufactures" – "Wir brauchen nichts von Ihnen". England konnte damals Tee und Seide aus China nur mit Silber bezahlen. Die Öffnung wurde erst fünfzig Jahre später von aussen erzwungen. Es ist die dramatische Geschichte der Opiumkriege.

Die interne "Öffnung" Chinas während der Deng Xiaoping-Jahre (ab 1978) ist somit die Ausnahme in einer jahrtausendealten Geschichte. Man kann sich fragen, ob sie nach etwas mehr als drei Jahrzehnten bereits wieder zu Ende ist, trotz wiederholter Beteuerungen der Regierung.

Globalisierung

Globalisierung ist nichts Neues. Ricardo und Marx erkannten sie bereits im 19. Jahrhundert als Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung. Neu ist jedoch der Anteil Chinas an der Weltwirtschaft und am Welthandel. Nach den verheerenden Mao-Jahrzehnten betrug Chinas Bruttoinlandsprodukt nur 2 % der Weltwirtschaft; heute sind es 18 %, an zweiter Stelle nach den USA mit 25 %.

Im Welthandel (Waren und Dienstleistungen) stellt China 16 %, knapp hinter der EU mit 17,5 %, die weiterhin die grösste Handelsmacht ist.

International gehört Dengs Bescheidenheit ("hide one's talents") der Vergangenheit an. China ist heute selbstbewusst und regional aggressiv in seinen Ansprüchen, etwa im Südchinesischen Meer. Während früher die Wirtschaft als Instrument der Entwicklung absolute Priorität hatte, steht heute oft die Politik über der Wirtschaft.

Die Kommunistische Partei Chinas

Bevor wir uns der Weltpolitik zuwenden, sollten wir zur methodologischen Frage zurückkehren. Man kann die VR China kaum verstehen, ohne zu erkennen, dass die Kommunistische Partei das absolute Zentrum des Systems ist.

Die Worte Xi Jinpings auf dem 19. Parteitag (25.10.2017): "Partei, Regierung, Militär, Gesellschaft, Bildung, Ost, West, Süd, Nord und Mitte – die Partei führt alles", sind kein propagandistischer Slogan, sondern eine Beschreibung des heutigen Systems.

Die Partei steht klar über dem Staat. Nochmals Xi Jinping zwei Jahre später (Oktober 2019):

"Das Ziel ist es, die Führung der Partei über den Nationalen Volkskongress, die Regierung, Aufsichtsorgane, Gerichte, Inspektionsbehörden, Streitkräfte, Volksgruppen, Unternehmen und Institutionen, Basisorganisationen und soziale Gruppen zu perfektionieren."

Diese Zusammenhänge erfährt man bei jedem Provinzbesuch. Wenn man wirklich eine Entscheidung herbeiführen möchte, muss man den Parteisekretär treffen.

Unter Xi Jinping ist der Führungsanspruch der Partei stärker geworden. Vor einigen Jahrzehnten gab es noch einen gewissen Freiraum zwischen Macht und Zivilgesellschaft.

Der Sozialvertrag der Deng-Ära (Freiheit gegen Wohlstand) gewährte einen gewissen Spielraum zwischen dem Kontrollanspruch der Partei und der Entwicklung des Individuums – Freiheit, reich zu werden, aber auch für Kunst und, in begrenztem Masse, Meinungsäusserung. Diese Freiräume sind heute nahezu verschwunden.

("Sozialvertrag" nach Rousseau passt besonders gut zum chinesischen System, wenn man an die Worte von Isaiah Berlin oder Karl Popper über Rousseau denkt. Berlin: "Rousseau ist der unheilvollste und furchterregendste Feind der Freiheit in der gesamten Geschichte des modernen Denkens." Popper: "Rousseau ist einer der verhängnisvollsten Einflüsse in der Geschichte der Sozialphilosophie.")

Marxismus und insbesondere Leninismus sind grundlegend für das Verständnis des chinesischen Systems. Marxismus bedeutet heute weniger Klassenkampf als vielmehr die Entwicklung der materiellen Grundlagen des Volkes. (Eine Verschiebung vom ursprünglichen maoistischen "Im Dienst des Volkes" – rénmín fúwù – zum heutigen "Im Dienst der grossen Sache" – fúwù dàjù.)

Noch wichtiger ist die Methode der Macht: der Leninismus (Partei als Avantgarde, Diktatur des Proletariats) mit dem Ziel der Machterhaltung der Kommunistischen Partei. Die Organisation ist das Ziel. Wie bereits erwähnt: "Ost, West, Süd, Nord und Mitte – die Partei führt alles."

Chinesische Charakteristika

Es ist erstaunlich, dass eine direkte Ableitung der deutschen klassischen Philosophie, bzw. die Regierungsmethode des russischen Bolschewismus, zum Kern der Doktrin und Organisationsmethode des bevölkerungsreichsten asiatischen Landes wurde.

Sind die "chinesischen Charakteristika" die Antwort? Im offiziellen chinesischen Diskurs wird nahezu allem "chinesische Charakteristika" zugeschrieben.

In der offiziellen Doktrin der KP waren "chinesische Charakteristika" zunächst die von Deng eingeführten Elemente der Marktwirtschaft. Später kamen die "Drei Vertretungen" von Jiang Zemin hinzu: Die Partei soll die fortschrittlichen Produktivkräfte, die fortschrittliche Kultur und die grundlegenden Interessen des Volkes vertreten.

Die im Westen populäre Interpretation, dass das chinesische System eine Art Staatskapitalismus sei, wird von Xi Jinping ausdrücklich dementiert. In seiner Rede von 2013 vor dem Zentralkomitee sagt er:

"Einige haben unseren Weg 'Sozialkapitalismus' genannt, andere 'Staatskapitalismus' und wieder andere 'technokratischer Kapitalismus'. Das ist alles völlig falsch. Wir betonen, dass der Sozialismus chinesischer Prägung Sozialismus ist. Damit meinen wir, dass wir trotz Reformen am sozialistischen Weg festhalten – unserem Weg, unserer Theorie, unserem System und den Zielen, die wir uns gesetzt haben. Der Sozialismus chinesischer Prägung ist die dialektische Einheit der theoretischen Logik des wissenschaftlichen Sozialismus und der historischen Logik der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas. Es handelt sich um einen wissenschaftlichen Sozialismus, der in den chinesischen Realitäten verwurzelt ist, den Willen des Volkes widerspiegelt und an die Anforderungen Chinas und seiner Umstände angepasst ist."

Willkommen im Jargon der KP Chinas!

Abseits der komplizierten theoretischen Formulierungen wird der Markt als Zuteilungsmechanismus der Ressourcen in China heute anerkannt, ebenso wie privates Eigentum an Produktionsmitteln. Die Rolle des Staates und insbesondere der Partei bleibt jedoch entscheidend.

Im Interesse des "gemeinsamen Wohlstands" kann die Partei, wie 2021 geschehen, Privatakteure zwingen, Ressourcen für von ihr bestimmte soziale Ziele einzusetzen oder weiterhin einen produktionsbasierten statt konsumorientierten Wirtschaftskurs zu verfolgen.

Das Problem ist weniger die Intervention des Staates (der auch in westlichen Ländern eine mehr oder weniger grosse Rolle spielt). China ist jedoch kein Rechtsstaat; es kennt keine Gewaltenteilung, und solche Entscheidungen können nicht angefochten werden.

Jenseits der KP?

Gibt es heute in China eine Schicht ausserhalb, oberhalb oder unterhalb der Kommunistischen Partei? (Ost, West, Mitte ...)

Diese Frage führt uns in das faszinierende, aber mir weniger bekannte Gebiet der chinesischen Kultur und Wertvorstellungen.

Mao Zedong war bekanntlich strikt gegen den Konfuzianismus, den er als Sache von "rechten Elementen, Monstern und Freaks" betrachtete. Die Zerstörung von Tempeln und die Massenmorde während der Kulturrevolution sind Merkmale einer stark gegen die Tradition gerichteten politischen Aktion.

In jüngerer Zeit könnten Elemente der politischen Organisation der KP und der Gesellschaft, wie Meritokratie oder Begriffe wie die "harmonische Gesellschaft" (Hu Jintao), als Wiederannäherung an die Tradition interpretiert werden. Ob dies echt ist oder ein nachträglicher Legitimationsversuch, überlasse ich den Spezialisten.

Eindeutiger scheint die Wiederaufwertung der kaiserlichen Geschichte Chinas im nationalistischen Sinn. Alle Länder schreiben ihre eigene Geschichte immer wieder neu (auch die Schweiz: Der 1. August oder die Aufwertung der direkten Demokratie als "echtere Demokratie" begannen Ende des 19. Jahrhunderts).

In der VR China waren vor Xi Jinping kaiserliche Züge in der Darstellung der Macht nie so präsent. Die Geschichtsschreibung wird zur Philosophie der Geschichte im hegelschen Sinn; die Geschichte Chinas hat wieder ein Ziel. Kaum ein Begriff kommt in Xis Reden so oft vor wie die "nationale Verjüngung" (wěidà fùxīng). Spätestens zum 100-jährigen Bestehen der VR China (2049) soll China die Erniedrigung der Opiumkriege überwunden haben.

Besorgniserregend ist, dass der Begriff der nationalen Verjüngung oft im Zusammenhang mit der Eroberung Taiwans durch die VR China genannt wird.

Geopolitik

Ich hatte eine politische Perspektive versprochen und habe bisher mehr über Geschichte und Philosophie gesprochen. Ich bitte um Verzeihung, aber ohne theoretisches Leitbild versteht man ein so wichtiges Thema wie China kaum.

Als ehemaliger Schweizer Diplomat werde ich später natürlich auch über die Beziehungen zwischen der Schweiz und China sprechen. Eine politische Perspektive muss aber nicht zwangsläufig eine schweizerische sein.

Wenn wir von Politik auf internationaler Ebene sprechen, sollten wir von Geopolitik sprechen – einer nüchternen Beschreibung der internationalen Beziehungen, unabhängig von unseren Erwartungen.

Die Spannung zwischen den USA und China ist und bleibt die Hauptgrundlage der globalen Beziehungen. Beide Länder betrachten einander als grösste strategische Herausforderung.

Die US National Security Strategy von Oktober 2022 nennt "China übertreffen (outcompeting)" als das wichtigste geopolitische Ziel Amerikas – noch wichtiger als "Russland eindämmen (constraining)".

Dies ist ein überparteilicher Ansatz. Ein Wendepunkt war die NSS von Dezember 2017 unter NSA Lt. Gen. Herbert Raymond McMaster. Von Obamas Politik der Integration hin zu Wettbewerb und der Wahrnehmung Chinas als Autokratie besteht volle Kontinuität von Trump zu Biden.

Auf chinesischer Seite ist Sicherheit das höchste Paradigma der Regierungsführung, nicht nur aussenpolitisch. Sowohl die Covid-Politik als auch die "Great Firewall" haben dies deutlich gezeigt.

Xis Streben nach einem umfassenden nationalen Sicherheitssystem resultiert in einem Übermass an Wachsamkeit mit erheblichen Auswirkungen auf:

die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft,
Chinas Wachstumsmodell und
die Art und Weise, wie die Führung ihre Interessen im Ausland durchsetzt.

Es handelt sich um eine weitgehend eigenständige Dynamik ("securitization of everything"), die nicht nur auf einen Verteidigungsreflex reduziert werden kann.

In China steht die Politik klar über der Wirtschaft. Es war eine Illusion einiger Jahrzehnte, insbesondere in der Schweiz, dass die Wirtschaft allein die Politik dominieren könnte.

Dies ist nicht nur in China der Fall. Die weltweit vermehrt verhängten Sanktionen sind politische Massnahmen:

Sie werden aus sicherheitspolitischen Gründen ergriffen (Dual-Use: mögliche militärische Nutzung von Technologien).
Oder als Strafmassnahme für Verstösse gegen internationales Menschenrechtsrecht (thematische Sanktionen).
Sanktionen sind auch ein Mittel im geopolitischen Wettbewerb, um technologische Vorteile zu sichern.
Wir müssen sie nicht mögen, aber wir müssen uns bewusst sein, dass sie die internationalen Beziehungen in den nächsten Jahren massiv prägen werden.

Realpolitisch müssen wir uns auch ihrer extraterritorialen Wirkung bewusst sein.

Sanktionen sind keine Exklusivität der USA. Neben Chinas Gegenmassnahmen verhängt auch die EU technologische Einschränkungen wirtschaftlicher, sicherheits- oder politischer Natur. Aufgrund massiver staatlicher Beihilfen Chinas in der Entwicklung und Produktion von Elektroautos hat die EU Zölle beschlossen.

Ein interessanter Ansatz der EU ist die dreifache Definition der Beziehung zu China als Partner, Wettbewerber und strategischer Rivale. Letztere Kategorie ist klar geopolitischer Natur und führt uns zur wesentlichen Frage der Werte – sowohl als gemeinsames Erbe Europas (Aufklärung) als auch universeller Natur (UN-Charta, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), auf die ich später eingehen werde.

Für diejenigen, die die "systemische Rivalität" als ideologische und nicht sicherheitspolitische Kategorie sehen, genügt ein Hinweis auf Chinas immer tiefere strategische Partnerschaft mit Russland.

Die Definition von "Derisking" im Sinne der Minderung wirtschaftlicher Abhängigkeit von China stammt aus der EU-Kommission und wurde später von den USA als Alternative zu "Decoupling" übernommen.

Die USA und China bleiben füreinander drittgrößte Handelspartner. Klar ist jedoch, dass einige Wirtschafts- und Forschungsbereiche vom heutigen und zukünftigen Austausch ausgenommen sind, insbesondere Hochtechnologie sowie Bio- und grüne Technologien.

Wirtschaft

Wirtschaftlich geht es China seit Covid nicht besonders gut. Nach der blinden Euphorie der letzten zwei Jahrzehnte sind strukturelle Schwächen deutlich geworden:

- **Überdimensionierter Immobiliensektor:** Mit 28 % des BIP hat er riesige Überkapazitäten geschaffen (65 Millionen leere Wohnungen). Der Immobiliensektor ist auch das Hauptanlageobjekt der Mittelschicht. Der sinkende Wert der Immobilien verunsichert sie und dämpft den Konsum.
- **Alternde Bevölkerung:** Eine schnell alternde Gesellschaft verursacht zusätzliche Sozialkosten und verlangsamt dauerhaft das Wirtschaftswachstum.
- **Jugendarbeitslosigkeit:** Insbesondere unter hochqualifizierten Jugendlichen sind die Arbeitslosenzahlen so hoch, dass sie nicht mehr in den Statistiken erfasst werden.
- **Verschuldete Lokalregierungen:** Ihre Haupteinnahmequelle, der Landverkauf an die Bauindustrie (was zur Immobilienblase beiträgt), führt zu hoher Verschuldung.

Mehr noch als die einzelnen Probleme steht das gesamte Entwicklungsmodell infrage. Chinas Wachstum (unter 5 %) ist einseitig. Industrie und Exporte dominieren, während der private Konsum zurückbleibt. Die KP bestimmt die Richtung der Wirtschaft. Anstatt den Konsum zu fördern (der nur 50 % des BIP ausmacht, verglichen mit 80 % in anderen Industrieländern), werden Technologien und Exporte bevorzugt, um internationale Sicherheit und Dominanz zu gewährleisten. Es ist fraglich, ob das ausreicht, um von einem mittleren zu einem höheren Pro-Kopf-Einkommen zu gelangen.

Mittlerweile sinkt die Anziehungskraft für ausländisches Kapital. Es wird kein neues ausländisches Kapital in China investiert, mit Ausnahme Deutschlands.

Und die Schweiz?

Wo steht die Schweiz in all dem?

Zusammen mit Schweden gehörte die Schweiz zu den ersten westlichen Ländern, die die Volksrepublik China anerkannten (Schweiz im Januar, formelle gegenseitige Anerkennung im September 1950). Frankreich folgte erst 1964, Grossbritannien 1972.

Als Deng die Wirtschaft für ausländisches Kapital öffnete, gründete die Firma Schindler das erste Joint Venture überhaupt mit China.

Noch bedeutender: Zusammen mit Island ist die Schweiz weiterhin das einzige europäische Land, das ein Freihandelsabkommen mit China unterzeichnet hat, das seit 2014 in Kraft ist.

Genügt das, um von einer "speziellen Beziehung" zu sprechen?

Das Freihandelsabkommen hat wesentlich zur Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen beigetragen. 2014 lagen die Exporte nach China bei rund 17 Milliarden CHF; 2023 bei 40,5 Milliarden CHF. Die Importe stiegen weniger spektakulär von 12 Milliarden CHF im Jahr 2013 auf 18 Milliarden CHF im Jahr 2023.

Prozentual hat sich der Handel der Schweiz mit China in neun Jahren stärker entwickelt (+75 %) als der Handel der EU mit China (+54 %) oder der USA (+20 %).

Die Schweizer Zahlen beinhalten auch Gold. Aufgrund hoher Volatilität und da die Schweiz Gold aus Drittländern nur raffiniert, wird Gold aus den Statistiken ausgenommen. Ohne Gold ist die Entwicklung gut, aber nicht glänzend. Der gesamte Aussenhandel mit China erreicht 33 Milliarden CHF mit einem Defizit von 2,5 Milliarden CHF. 2023 war der bilaterale Gesamthandel der Schweiz mit China erstmals seit Jahren niedriger als im Vorjahr: minus 8,5 % ohne Gold.

Im Vergleich mit anderen Handelspartnern liegt China für die Schweiz an dritter Stelle nach der EU und den USA, was 7 % des Aussenhandels entspricht (die EU steht für 58 %, die USA für 13 %).

Zahlreiche Schweizer Firmen sind in China präsent und produzieren dort. Ihr Gesamtwert liegt bei etwa 28 Milliarden CHF, was 2 % der Schweizer Direktinvestitionen im Ausland entspricht. Das ist viel, aber wenig im Vergleich zu den Investitionen in die USA (300 Milliarden CHF) oder die EU (700 Milliarden CHF).

Das Freihandelsabkommen mit China bleibt an sich vorteilhaft. Es enthält wichtige Bestimmungen zum Schutz des geistigen Eigentums, insbesondere für den Pharmasektor. Es ist zeitlich unbefristet. Immer wieder stellt sich die Frage nach einer Vertiefung. Schweizer Interessen lägen in einer Ausweitung auf weitere Bereiche und einer zusätzlichen Senkung der Zölle. Die Chancen dafür sind gering. Wie das Beispiel des Freihandelsabkommens mit Indonesien zeigt (2021), würde in der Schweiz bei jeder Neuverhandlung sehr wahrscheinlich ein fakultatives Referendum ergriffen werden. Ohne international überprüfbare arbeitsrechtliche und Nachhaltigkeitsbestimmungen wäre ein Referendum kaum zu gewinnen. Die Chancen, dass China solche Bedingungen akzeptiert, liegen meines Erachtens bei null.

Unabhängig von der Beziehung zu China stellt sich die Frage, ob das Modell einer "autonomen Aussenwirtschaftspolitik" der Schweiz noch zeitgemäss ist. Es geht nicht um eine Moralisierung der Aussenpolitik. In einer immer stärker geopolitisch bestimmten Welt erfolgt die Aussenwirtschaft jedoch zunehmend durch Blöcke.

Interessen und Werte

Die Schweiz hat darauf verzichtet, die thematischen Sanktionen der EU gegen China zu übernehmen (durch einen nicht kommunizierten Entscheid Ende 2022, erst Monate

später von der Presse entdeckt). Diese Sanktionen betreffen Vertreter lokaler Regierungen, die für die Unterdrückung der Uiguren in Xinjiang verantwortlich sind. Ein solcher Verzicht wäre im Fall Russlands undenkbar gewesen – eine Frage politischer Brisanz.

Der oft zitierte bilaterale Menschenrechtsdialog hat kaum Wirksamkeit gezeigt. Er wird von chinesischer Seite toleriert, um Sanktionen zu vermeiden. Selbst öffentliche Verurteilungen bleiben nach pro-forma Empörung folgenlos.

Die China-Strategie des Bundesrates von März 2021 erkennt die Gleichwertigkeit von Interessen und Werten an. Darin heisst es auch: "Im Zweifel steht sie [die Schweiz] für die Freiheit" (S. 20).

In der Aussenpolitik kann man jedoch nicht nur reaktiv handeln. Es geht darum, sich bewusst zu sein, wer wir sind. Im Umgang mit grossen Zivilisationen stellt sich immer wieder die Frage: Wer oder was sind Sie? Daher ist die nächste Frage unerlässlich: "Wer bin ich eigentlich?"

(Diese Frage fiel mir zum ersten Mal in Indonesien auf: im Dialog der Zivilisationen wird gefragt: Was ist Ihre Religion?)

Im Umgang mit China stehen weniger religiöse zivilisatorische Werte im Vordergrund. Wir verstehen uns als liberal-demokratische Gesellschaft. Das sind unsere Werte und unsere Identität. Mit dem Bewusstsein unserer philosophisch-politischen Identität sollten wir der Welt begegnen. Es geht nicht darum, in neokonservativer Art unsere Werte zu exportieren, aber auch nicht darum, in opportunistischen Relativismus zu verfallen.

Gibt es universelle Werte?

Das ist keine theoretische Frage. In der täglichen Arbeit der UNO in Genf oder New York stellt sich diese Frage immer wieder, implizit oder explizit. Jedes Mal, wenn man eine Hierarchie unter den drei Säulen der UN-Charta (Menschenrechte, Sicherheit, Entwicklung) erstellen will.

Ich lehne Relativismus entschieden ab.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (warum "Allgemeine"? In anderen Sprachen sagt man "Universelle") ist "das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal" (wie in der Präambel zu lesen ist).

Menschen aus verschiedenen Kulturen und politischen Systemen kamen zusammen, um sie zu verfassen. Neben Eleanor Roosevelt waren Charles Malik aus dem Libanon, Hernán Santa Cruz aus Chile, William Hodgson aus Australien, René Cassin aus Frankreich, Alexander Bogomolow aus der Sowjetunion, John Humphrey aus Kanada und Charles Dukes aus England beteiligt. Dr. Zhang Pengchun, ein chinesischer Philosoph, Schauspieler, Dramatiker und Diplomat aus Tianjin, ist aber die faszinierendste Persönlichkeit unter den Verfassern. In den 1930er Jahren leitete er eine Tour des klassischen chinesischen Theaters durch Nordamerika und die Sowjetunion. In den 1940er Jahren hielt er als Diplomat Vorträge in der Türkei über das Verhältnis von Konfuzianismus und Islam. Als Vizevorsitzender im Entwurfskomitee vermittelte er

zwischen den konservativ-christlichen Positionen von Charles Malik und den Ideen der chinesischen Philosophie. Er zitierte oft Mencius in den Debatten, "nicht weil er Chinese ist, sondern weil seine Ideen universelle Gültigkeit haben". Am Ende erkannte Malik dankbar an, dass Zhangs Ideen "das Rückgrat der Allgemeinen Erklärung sind".

Das heute oft gehörte Argument, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sei Ausdruck westlicher Dominanz, ist eher eine nachträgliche Rechtfertigung autoritärer Regime als eine theoretisch und historisch fundierte Position. Jedes Mal, wenn ich das relativistische Argument höre, dass im Osten das Kollektiv über dem Individuum stehe, denke ich an chinesische Künstler, die mich fragten, ob es noch Sinn ergebe oder überhaupt möglich sei, unter den immer strenger werdenden Vorgaben der Kommunistischen Partei Kunst zu schaffen.

Schlusswort

China ist tatsächlich Kooperationspartner, Wettbewerber und strategischer Rivale. Es gibt keine Gesinnungsneutralität – das betrifft auch die Schweiz. Die "grenzenlose Freundschaft", also Chinas Unterstützung für Putins Russland, ist für uns eine direkte Herausforderung. Noch destabilisierender ist Chinas Anspruch auf das Südchinesische Meer und Taiwan mit allen Mitteln.

"Der Osten ist auf dem Vormarsch und der Westen im Niedergang", sagte Präsident Xi 2021. So ist es, wenn der Westen an sich selbst zweifelt und in identitärer Selbstzerfleischung versinkt. Doch so weit sind wir noch nicht.